

Haushaltsberatungen 2015

Rede des Vorsitzenden der Fraktion FDP/Bürgerliste
- Lars Rettstadt -

- Es gilt das gesprochene Wort ! -

Herr Oberbürgermeister,
meine sehr verehrten Damen und Herren des Rates,
liebe Verwaltung,
liebe Mitbürger,

an unseren Vorschlägen auch und gerade zum Haushalt sehen Sie, dass wir durchaus in der Lage sind, Sachen kritisch zu reflektieren und auch eigene konstruktive Beiträge zu leisten.

Mein Dank gilt zunächst der Verwaltung und auch der Kämmerei für die hervorragende Arbeit die geleistet wurde, insbesondere auch unterjährig, als es darum ging, die Haushaltssicherung zu vermeiden.

Kommen wir zu den Fakten. Der Haushalt umfasst 2,2 Mrd. Euro. Die Neuverschuldung liegt ungefähr bei 75 Mio. Euro. Wenn man sich anschaut, wie unserer „Dispokredit“ in den letzten Jahren gestiegen ist, war das immer genau das, was an Neuverschuldung im Haushalt angelaufen ist; und bei dem „Dispo“ ist nichts hinterlegt! Unsere eigentlichen Investitionen im originären Haushalt gehen weiter zurück. Dies ist ein schlechtes Signal.

Insofern haben wir uns natürlich genauso wie CDU und SPD überlegt, was können wir machen. Das Programm was Sie, Herr Schilff und Herr Monegel, angesprochen haben, ist als Idee gut. Wir waren noch etwas schneller und weiter mit unseren Vorschlägen. Dies haben wir kommuniziert. Dem konnten Sie aus nicht geklärten Gründen nicht folgen. Das klären wir noch mal.

Im Moment ist es so, dass jeder Bürger in dieser Stadt fast 4.000 Euro Schulden hat. Die Ursachen sind klar. Wir haben hier einmal die Politik im Rat der Stadt in den letzten Jahren, die nicht gewillt war, wirklich etwas zu ändern. Und die Mehrheiten waren auch häufig klar. Die Mehrheiten lagen bei SPD und Grünen oder bei SPD und CDU. Und wenn wir in den letzten Jahren konsequenter und eher gehandelt hätten, wären uns so manche Situationen erspart geblieben.

Aber der andere Teil der Wahrheit ist natürlich auch, dass durch die Gemeindefinanzierung über Jahre und Jahrzehnte in NRW, diese Kommune mehr oder weniger ausgeblutet ist. Die Landesregierungen der letzten Jahre und Jahrzehnte haben bewusst zugelassen, dass die Kommunen Schulden machen, damit das Land keine Schulden machen muss. Ich war mit meiner Partei fünf Jahre beteiligt, die anderen deutlich länger. Das ist der eigentliche Skandal und das ist das, was sich ändern muss. Die Gemeindefinanzierung NRW, gerade was Kommunen

angeht die eine schlechte Sozialstruktur haben, die eine hohe Langzeitarbeitslosigkeit haben, ist und bleibt eine Katastrophe. Den letzten beißen die Hunde und das passiert uns auch.

Aber nicht nur bei der Gemeindefinanzierung, sondern wenn wir an den Landschaftsverband Westfalen-Lippe denken, hat sich das Land über die letzten Jahre und Jahrzehnte immer mehr aus der Finanzierung herausgenommen.

Wenn wir an die durchaus wichtige Aufgabe der Inklusion in dieser Stadt denken, werden Beschlüsse im Land gefasst, die Kosten generieren, die aber nicht hier im Haushalt hinterlegt sind, weil wir dafür kein Geld bekommen. Die Meckerei über die Finanzierung ist hier allerdings etwas fehl am Platz, weil viele der Fraktionen hier im Rat ja genau dafür gestimmt haben. Insofern muss man das immer von beiden Seiten sehen.

Was die Bundesfinanzierung angeht, die EU-Osterweiterung oder das Geld, was bei der Wiedereingliederungshilfe versprochen wurde und nicht unerheblich wenig ist, ist noch nicht da. Da sind SPD und CDU natürlich in der Pflicht, weil es Ihre Parteien sind, die die Bundesregierung stellen. Und da erwarte ich hier nicht nur eine Resolution. Das, was Sie da an den Anfang ihres Haushaltsantrages gestellt haben, ist eine Bitte an sich selbst, sich darum zu kümmern. Sie bitten Ihre Parteikollegen, dass das erledigt werden muss. Eine Resolution reicht hier nicht aus.

Ich komme jetzt zu den Anträgen der anderen. Bei den Grünen haben wir gehört, dass die Grünen den Haushalt retten. Durch die Jagdsteuer, durch die Abschaffung des Zuschusses beim Weihnachtsbaum und der Flughafen soll auch mal wieder geschlossen werden. Wohl wissend, dass die Kosten die da sind, weiterlaufen. Das ist Quatsch. Noch besser wird es, wenn Sie sich über die Kosten des U-Turms beschweren, die über 10 Mio. Euro betragen. Das haben die Grünen zusammen mit SPD und CDU beschlossen. Insofern werden wir mit den Vorschlägen der Grünen diesen Haushalt nicht retten können. Wahrscheinlich auch nicht mit den Vorschlägen der Linken & Piraten. Die SUV's um 30 % mehr bei der Anmeldung zu besteuern, geht rein rechtlich nicht, ist aber auch ein klares Zeichen der Neiddebatte. Die Wiedereinführung der Vermögenssteuer kann der Rat der Stadt Dortmund nicht beschließen.

Kommen wir jetzt zur AfD. Die Kritik die Sie angebracht haben, nicht immer richtig untermauert, hatte ja durchaus ein Körnchen Wahrheit. Aber kein einzelner Vorschlag, den Sie gemacht haben, ist dazu geeignet, diesen Haushalt in irgendeiner Form zu retten. Was man daraus ableiten kann, ist eine Geisteshaltung. Wenn Sie den Aktionsplan „Soziale Stadt“ oder Vielfalt, Toleranz und Demokratie oder die Koordinierungsstelle für Schwule, Lesben streichen wollen, dann hat das eine Geisteshaltung die dahinter steckt. Mir sind diese Menschen genauso wichtig wie alle anderen und deswegen stimmen wir dem nicht zu. Das, was Ihre Partei gezeigt hat, ist, dass sie nach hinten gewandt ist, intolerant ist und unfähig, richtige Haushaltsvorschläge zu machen. Vielleicht wird es im nächsten Jahr besser. Vielleicht wird es mit der Toleranz ein bisschen besser.

Der Haushalt, wie der Finanzausschuss ihn beschlossen hat, mit den Stimmen von CDU und SPD, wird uns aktuell in diesem Jahr nicht retten. Es gibt einen Schluck aus der Steuererhöhungspulle über die Grundsteuer. Das von Ihnen angedachte

Projekt zur Konsolidierung sind bis jetzt wohlgemeinte Worte; da steckt noch keine Substanz dahinter.

Es soll der Eindruck erweckt werden, dieser Haushalt sei zu beherrschen oder wenigstens in den nächsten Jahren in den Griff zu kriegen. Zur Forderung der CDU, dass sich der OB zusammen mit dem Kämmerer an die Spitze stellt, habe ich bereits meine Bedenken geäußert. Der OB, der jahrelang auch für das Personal zuständig war, hat Beschlüsse des Rates, gerade wenn es um das Sparen beim Personal ging, mit wenig Freude umgesetzt. Ich möchte jetzt nicht despektierlich erscheinen, Herr Oberbürgermeister, aber Sie kennen ja alle den Spruch „den Bock zum Gärtner machen“. Genau darauf ist im Rahmen der Kommission dann zu achten. Was wir an Vorschlägen zum Haushalt gemacht haben, bezog sich ja auf genau das, was Sie über Ihre Kommission fordern.

Was wir über Fluktuation gesagt haben: 300 Menschen, die die Verwaltung oder die städtischen Arbeitgeber jedes Jahr verlassen, das ist Potential. Wenn Sie jede Stelle mit 40.000 Euro hinterlegen, kommen Sie auf 12 Mio. Euro jährlich. Sie können natürlich nicht alle Stellen abschaffen, aber wenn wir es so gemacht hätten, dass der Rat entscheidet, die Stelle zu behalten oder die Stelle nicht zu behalten, hätten wir direkten Zugriff gehabt. Das heißt, meine Fraktion war im Denken und im Handeln ein bisschen schneller, als Sie mit Ihrem Konzept. Wenn Sie darauf abzielen zu sagen, Personal ist unser Problem wo wir ansetzen können, frage ich mich, warum haben Sie unseren Vorschlägen nicht zugestimmt?

Wir haben uns jetzt über Haushalt und Personal unterhalten. Aber die Probleme dieser Stadt liegen woanders. Die liegen in der Sozialstruktur und in der festgefahrenen Langzeitarbeitslosigkeit. Was Sie zum Thema Langzeitarbeitslosigkeit zu sagen haben, ist ein Armutszeugnis. Und das, was Sie beschlossen haben, ist auch ein Armutszeugnis. Das kommunale Arbeitsmarktförderungsprogramm in Höhe von 4 Mio. Euro, fördert keine Arbeit, fördert keine Menschen und es gibt keine Chancen. Es alimentiert Menschen und hält sie in der Abhängigkeit.

Zu den Service- und Präsenzdiensten, die Sie Herr Schilff, vorhin noch so gelobt haben: von 200 Leuten wurden über vier Jahre, 6 Personen in den ersten Arbeitsmarkt vermittelt. Dass das Programm im Sinne von Qualifizierung und Chancen für Menschen sinnvoll ist, wollen Sie mir doch nicht ernsthaft erzählen.

Unser Vorschlag war, genau dieses Geld zur Wirtschaftsförderung zu geben und zusammen mit anderen Akteuren, diese Menschen, die in Langzeitarbeitslosigkeit sind, wieder in Arbeit zu bringen. Und als Benchmark hätten wir die Kosten der Unterkunft genommen. Wenn es uns gelungen wäre, diese Bedarfsgemeinschaften von 44.000 auf 43.000 zurückzuführen, durch ein Programm was 4 Mio. Euro kostet, dann hätte der Stadtsäckel 3,6 Mio. Euro an Sozialtransferkosten gespart. Das ist eine ziemlich einfache Rechnung. Man muss aber auch den Mut haben, sich da mal auf den Weg zu machen. Wenn wir seit Jahrzehnten dieselbe Langzeitarbeitslosigkeit haben, dann muss man vielleicht mal etwas ändern. An die Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und Die Linken & Piraten: das kommunale Arbeitsmarktprogramm nochmals um 500.000 Euro aufzustocken, um Menschen in Abhängigkeit zu halten und sie nicht zu qualifizieren, ist völliger Quatsch. Das Thema ist Langzeitarbeitslosigkeit und Aktivierung statt Alimentierung. Wir werden das Thema sicher noch einmal auf dem Tableau haben, weil das, genauso wie die

Fluktuation und die Personalumstrukturierung in der Verwaltung, das wichtige Thema in dieser Stadt ist. Aber Sie haben unsere Vorschläge abgelehnt.

Kommen wir jetzt zum Wirtschaftsstandort Dortmund. Ich kann mich noch gut an die Ratssitzung erinnern, als die CDU die Satzung für die Wirtschaftsförderung mitbeschließen sollte. Auch da war das Thema, wie bringe ich die Wirtschaft ans Laufen und wie kann ich die Arbeitslosigkeit senken. Es war ein schwieriger Prozess. Wir haben in den Haushaltsberatungen den Vorschlag gemacht, dass wir eine Entwicklungsgesellschaft direkt bei der Wirtschaftsförderung angliedern, um Flächen zu entwickeln und Unternehmen hier passgenau anzusiedeln. Auch das ist abgelehnt worden. Wir brauchen aber diese passgenauen Gewerbeflächen.

Die Senkung der Gewerbesteuer war jetzt kein Rückfall in alte Muster, sondern hat genau dasselbe Thema und Problem im Fokus. Die Senkung der Gewerbesteuer soll dazu führen, dass wir mehr Arbeitsplätze schaffen. Über mehr Arbeitsplätze, über weniger Sozialkosten und über Mehreinnahmen von Steuern, kann man das ausgleichen. Das haben andere Städte schon bewiesen. Man muss nur den Mut haben, es zu tun.

Meine sehr verehrten Damen und Herren. Dieser Haushalt, wie er von der SPD und der CDU mehrheitlich beschlossen worden ist, werden wir nicht mittragen. Nicht, weil wir keine Verantwortung mittragen wollen, sondern es ist auch eine Form von Verantwortung „Nein“ zu sagen. Es fällt mir schwer, wenn Sie alle unsere inhaltlich guten Vorschläge ablehnen, ihrem Haushalt zuzustimmen. Dieser Haushalt birgt erstmal keine Chancen für jeden einzelnen. Er birgt nicht wirklich viele Chancen, was die Bildungslandschaft angeht. Was wir wollen, ist gute Straßen, gute Kitas' und vernünftige Finanzen, so dass unsere Kinder, die auch noch weiterhin in dieser Stadt leben, hinterher nicht am Gängelband der Schulden hängen und gar nichts mehr tun können. Dieser Haushalt gibt das so nicht her. Ich bin gespannt, auf die konstruktiven Zusammenarbeiten im Verlauf dieses Jahres. Aber nehmen Sie es mir nicht übel, dass die freien Demokraten und auch die freien Wähler, die Fraktion FDP/Bürgerliste, diesem Haushalt zunächst nicht zustimmen werden.

Dankeschön!